Dresdner Nachrichten.
Nr. 278. Seite 2. — Sonnabend, 8. Okt. 1898

mittelung der Centralnotirungsstelle der preußischen Landwirthschaftskammern wurden bezahlt in Berlin: Weizen 173, Roggen 146,50, Hafer 151 Mk.; Stettin-Stadt: Weizen 164, Roggen 141, Hafer 134. — Wetter: Schön, Ostwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 298,62. Disconto 197,50. Dresdner Bank —,—. Staatsbahn —,—. Lombarden 61. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen 24,70. Schwach.

Paris. (5 Uhr Nachmittags.) Rente 102,27. Italiener 92,35. Spanier 42,40. Portugiesen 25,90. Türken 22,50. Lückenloser 109,00. Ottomanbank 548,00. Staatsbahn 750. Lombarden —,—. Matt.

Paris. Productenmarkt. Weizen per Oktober 21,75, per Januar-April 21,65, ruhig. Mehl per Oktbr. 42,00, per Januar-April 42,50, beh. Spiritus per Oktbr. 32,25, per Nov.-August 33,25, matt.

Amsterdam. Producten-Bericht. Weizen per November 177, per März 178. Roggen per Oktober 134, per März 128.

London. Producten-Bericht. Getreidemarkt ruhig, Mehl träge, Stadtmehl 26 bis 31. Mais 10d. Gerste und Hafer fester, Englische Gerste fest, angekommene rother Weizen ½ Sh. höher. — Wetter: Trübe.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König gedenkt heute Rehefeld wieder zu verlassen und mit Sonderzug Abends 7 Uhr 20 Minuten von Bahnstation Hermsdorf-Rehefeld abzureisen. Die Ankunft in Dresden-Strehlen erfolgt Abends 9 Uhr 46 Minuten. Gleichzeitig mit Sr. Majestät wird Se. Hoheit der Prinz Albert von Sachsen-Altenburg hier eintreffen und in Villa Strehlen Wohnung nehmen.

— An der Tafel, welche gestern Nachmittag halb 5 Uhr in der prinzlichen Villa zu Hosterwitz stattfand, nahm Ihre Kaiserl. und Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Friedrich August in Begleitung der Hofdame Frl. von Carlowitz Theil.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg ist gestern früh 2 Uhr 45 Min. von Gmunden wieder hier eingetroffen. Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Johann Georg hat hingegen ihren Aufenthalt in Gmunden um einige Tage verlängert.

— Ihre Kaiserl. und Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Friedrich August besuchte gestern die Papierhandlung des Hoflieferanten W. Türk, Altmarkt. — Ihre Königl. Hoheit Frau Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen besuchte gestern in Begleitung Ihrer Hofdame Gräfin Dohna das Porzellan-Geschäft von Ernst Gocke, Wilsdruffer Straße 18, und das Magazin von J. Olivier, Königl. Hoflieferant, Pragerstraße, um daselbst Einkäufe zu bewirken.

— Am 5. ds. M. hielt das neuvermählte gräfliche Paar von Forder-Glauchau im Schlosse zu Wechselburg seinen Einzug. Am Abend veranstalteten die Einwohner von Wechselburg einen Fackeltanz.

— Ihre Excellenzen der Herr Staatsminister von Metzsch und Herr Wirkl. Geh. Rath von Metzsch, sowie Herr Hauptmann a. D. von Metzsch trafen am 5. d. M. in Reichenbach ein und begaben sich nach dem herrschaftlichen Schloß zu Frieseu. An den folgenden Tagen fanden auf Frieseuer und Brunner Fluren Treibjagden statt.

— Dem Waagesteiger bei der fiskalischen Muldner Schmelzhütte Heinrich Wilhelm Schulze ward das Albrechtskreuz verliehen.

— In der vorgestrigen Stadtverordnetensitzung sprachen in der Debatte über die geplante Gewerbesteuer, wie bereits gemeldet, zunächst die Herren Göhre, Heinze, Uhlmann, Roesner und Oberbürgermeister Beutler. Dann entwickelte Vicevorsteher Hartwig seine Anforderungen an eine Großgewerbesteuer. Die Steuer auf große Geschäfte müsse so fühlbar werden, daß dieselben ihre Waaren auf einer solchen Preishöhe halten müssen, welche es den mühsam arbeitenden kleinen Geschäftsleuten möglich mache, auch für ihre Waaren einen annehmbaren Preis zu erzielen. Er habe dabei derartige große Institute wie das Wertheim'sche in Berlin im Auge. Die Großgewerbesteuer dürfte jedoch nicht ruinös wirken. Der Umsatz solcher Geschäfte sei vielfach größer als man sich denke. Daher komme es, daß die Einschätzungskommissionen oftmals mit willkürlichen Einschätzungen in die Höhe gingen, ohne daß der Unternehmer sich dagegen sträube. Andererseits komme es allerdings auch vor, daß ohne jedwede Unterlage, nur auf bloße Gerüchte hin seitens der Kommissionen höher eingeschätzt werde. Das eigentliche Arbeitsgebiet des Großkapitals sei die Durchführung von kulturellen Aufgaben und größeren Handelsunternehmungen, es sei aber unrecht, wenn das Großkapital den Handel mit Regenschirmen, Schnürstiefeln ꝛc. an sich reiße und sich nicht darum kümmere, ob der kleinere Geschäftsmann dabei elend zu Grunde gehe. Solche große Unternehmungen wie Wertheim in Berlin sollten einfach verboten werden, und wenn dies nicht anginge, müsse man sie eben für den kleinen Mann so viel wie möglich unschädlich machen. Von den vorhandenen Vorschlägen gefiele ihm derjenige der Ausschußmehrheit am besten, halte aber nicht für nöthig, alle Filialen zu treffen. Beispielsweise dürfte der Milchverkauf in Zweiggeschäften auch unter den Großbetrieb fallen, welchen man treffen wolle. St.-V. Mehnert sprach sich gleichfalls für das Gutachten der Mehrheit aus. Das Handwerk werde ebenso durch die großen Bazare und Waarenhäuser, wie durch die Wirthschaftsvereinigungen der Offiziere, Beamten und Lehrer gedrückt. Hier möchte man dem Rathe zurufen: „Stadtrath werde hart!" St.-V. Stein verwendet sich für die Rathsvorlage, weil diese die Zweiggeschäfte aller Branchen treffe. Die riesige Vermehrung der Zuckerwaarengeschäfte decke sich nicht mit den wirthschaftlichen Verhältnissen unserer Bevölkerung, und es sei erwünscht, auch diese Geschäfte durch die Steuer zu treffen. St.-V. Micklich schloß sich der Mehrheit des Ausschusses an. Durch die Rathsvorlage würden nur die Materialisten unterstützt, während der Handwerkerstand schon viel länger in mißlichen Verhältnissen sei. Der Stand der Kaufleute habe sich heutzutage ganz verwischt, indem jetzt der Kaufmann auch mit Schmierbürsten und Kehrichtschaufeln handle, aber seinen Geldbeutel lasse er nicht angreifen. Es fehle uns die christliche Liebe und Bescheidenheit. Wer ein Herz habe für die Allgemeinheit, müsse im Sinne der Mehrheit stimmen. St.-V. Emmrich verbreitet sich über ein großes Schneidergeschäft auf der Pragerstraße, die Filiale eines Pariser Unternehmers, welches 20,000 Mk. Miethe zahle und dafür die Arbeiter mit niedrigen Löhnen abfinde. Die Handwerker seien die reinen Sklaven für diese Geschäfte. Hier sei die von der Mehrheit vorgeschlagene Steuer sehr nöthig. St.-V. Winter trat für die Rathsvorlage ein. Es müsse ein Unterschied gemacht werden, ob Jemand nach mühevoller Thätigkeit es in seiner Branche zu einem großen Umsatze gebracht habe oder ob Jemand verschiedene Branchen in einem von Anfang an groß angelegten Geschäfte vereinige. Nachdem St.-V. Uhlmann nochmals die Rathsvorlage empfohlen hatte, rechtfertigte St.-V. Conrad die Stellungnahme der Minderheit des Rechtsausschusses. Man müsse durch eine Prohibitivmaßregel den Versuch machen, die dem Kleinbetriebe drohende Vernichtung abzuwenden, und eine derartige Maßregel enthalte die Vorlage des Rathes. Eine solche Besteuerung sei gesetzlich vollkommen zulässig und die Minderheit erwarte davon das Verschwinden vieler Geschäfte und das Erstarken alter und das Entstehen neuer selbstständiger Kleinbetriebe. St.-V. Gamper bittet, der Rathsvorlage auch dann beizutreten, wenn die Stadtverordneten nicht glaubten, daß damit das Kleingewerbe geschützt werden könne. Seiner Meinung nach könnten solche Steuern nur reichsgesetzlich angeordnet werden. Er könne es auch nicht billigen, daß man den Konsumvereinen das Lebenslicht ausblase. St.-V. Roesner bekämpfte hierauf eine Reihe Bemerkungen seiner Vorredner und bemerkte dabei, ein Rechtsanwalt sei ebenso gut Geschäftsmann, nur daß das Objekt, mit welchem er handle, ein geistiges Eigenthum sei. Einige Bemerkungen des St.-V. Seeling veranlaßten Herrn Oberbürgermeister Beutler zu der Erwiderung, der Rath gehe durchaus nicht von der Meinung aus, daß eine Filialsteuer vom Ministerium nicht werde genehmigt werden, vielmehr hoffe der Rath bestimmt, daß dies geschehe. Demgegenüber stellte St.-V. Seeling fest, daß bis jetzt eine Besteuerung von Filialen in Sachsen noch nicht genehmigt worden sei. Vicevorsteher Hartwig empfahl nochmals die Annahme des Majoritätsgutachtens, um damit dem Rathe Gelegenheit zu geben, eine Vorlage zu machen, in welcher sowohl die Filialsteuer wie auch die Großgewerbesteuer vereinigt werde. Hierauf wurde von drei Seiten Schluß der Debatte beantragt. Nachdem aber St.-V. Dr. Ritter auf die ungemeine Wichtigkeit des Gegenstandes hingewiesen hatte, wurde der Antrag auf Schluß mit 34 Stimmen abgelehnt. Die nun sich erschöpfende Debatte beschränkte sich darauf, daß St.-V. Stein gegen die Gamper'schen Ausführungen sprach, St.-V. Dr. Häckel sich für das Gutachten der Mehrheit verwandte, St.-V. Dr. Ritter Herrn Direktor Dr. Petermann gegen eine gefallene Bemerkung über dessen sozialpolitische Anschauungen rechtfertigte und St.-V. Göhre von der Nothwendigkeit neuer Steuerbeamter, von der Abänderung der Steuergesetze überhaupt und von den Kosten der Landtagswahlen sprach. Auf die Heiterkeit, die er mit seiner Rede überall weckte, machte er mit sichtlichem Ernst die Bemerkung, daß man gegen ihn persönlich „Obstruktionspolitik" treibe. Der Antrag des St.-V. Göhre, die Führung von mehr als drei Zweiggeschäften zu verbieten und den staatlichen und kommunalen Beamten die Betheiligung an Konsumvereinigungen zu untersagen, wurde nicht ausreichend unterstützt. Nach dem Schlußworte der beiden Berichterstatter wurde über die Anträge der Ausschußmehrheit abgestimmt und zunächst der grundlegende § 1 gegen 11 Stimmen, die anderen Paragraphen einstimmig angenommen. Gegen 15 Stimmen erklärte man sich hierauf mit dem vom Rathe vorgelegten Entwurf mit den beschlossenen Abänderungen und Zusätzen einverstanden, wodurch sich der Antrag der Minderheit erledigt hatte. — Damit haben sich die Stadtverordneten ausgesprochen für eine Gewerbesteuer, die sich bezieht auf alle innerhalb des Stadtbezirks befindlichen Geschäfte, in denen Lebens- und Genußmittel, Bekleidungsgegenstände oder andere für den wirthschaftlichen Bedarf bestimmte Gegenstände im Einzelnen verkauft werden, sowie auf Niederlassungen, Verkaufsstellen und Zweiggeschäften von außerhalb des Stadtbezirks gelegenen Geschäften, die sich mit dem Einzelverkauf von Waaren der bezeichneten Art befassen, und auf Vereine zu gemeinschaftlichem Einkaufe solcher Waaren, sogenannte Konsumvereine. Die Steuer soll bei einem Jahresumsatze von 200,000—500,000 Mk. ½ Proz., bei einem Umsatze von da bis zu 1 Mill. 1 Proz. und bei einem noch größeren Jahresumsatze 2 Proz. betragen und die neue Ordnung am 1. Januar 1899 als „Gewerbesteuer-Ordnung für die Stadt Dresden" in Kraft treten. — St.-V. Dr. Häckel bemerkt nach erfolgter Abstimmung, es sei ihm nur mit allergrößter Mühe möglich gewesen, dem Herrn Vorsitzenden zu verstehen, er bitte daher, daß die Abstimmung von den Schriftführern geleitet werde, oder daß der Herr Vorsteher mehr Ruhe im Saale schaffe. Geheimer Rath Dr. Ackermann erwiderte darauf, er werde in der Regel verstanden, denn er habe ein gutes Organ; er sei aber heute etwas heiser. — Man berieth hierauf über einen Antrag des St.-V. Klemchen und Genossen, den Rath zu ersuchen, im Einvernehmen mit der Königl. Polizeidirektion und den Königl. Amtshauptmannschaften nöthigenfalls unter Hinzuziehung geeigneter Fachleute Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, den durch unzweckmäßige Konstruktion der Baufuhrwerke verursachten Lärm zu verhindern. Stadtrath Körner gab die Erklärung ab, der Rath sei schon mit der Ausarbeitung von Vorschriften beschäftigt, welche auf eine Verminderung des Geräusches durch den Wagenverkehr hinzielten, und habe die Wohlfahrtspolizei mit der Ausarbeitung von Vorschlägen beauftragt. St.-V. Blochwitz hält dieses Vorgehen für verfrüht. Erst müsse ein gutes Straßenpflaster geschaffen werden. Vicevorsteher Hartwig lenkt die Aufmerksamkeit des Rathes speziell auf die Schleifwagen der Spediteure. Darauf wird der Antrag einstimmig zum Beschlusse erhoben. In Anbetracht der vorgerückten Zeit — es ist nahezu 11 Uhr — beantragt St.-V. Müller-Gelinck die Absetzung der übrigen Gegenstände von der Tagesordnung, und es werden demzufolge nur noch zwei dringliche Angelegenheiten erledigt, indem man ohne Debatte 7500 Mk. zur Herstellung einer neuen Wasserhebungsanlage für die Reicker Gasfabrik und 31,900 Mk. für Einrichtung elektrischer Beleuchtung in den Haupt-Alleen des Großen Gartens bewilligt. Hierbei soll jedoch eine Abänderung der Planung insofern angeregt werden, als am Haupteingange an der Lennostraße und an der Centaurengruppe je eine Bogenlampe zur Aufstellung gelangen und die Königl. Gartendirektion um gradlinige Fortführung des Fußweges nach der Picardie ersucht werden soll.

— Die Dresdner Lesegesellschaft „Museum", Georgplatz 1, welche den bedeutsamen Zweck verfolgt, in geeigneter Weise die geistigen Unterhaltungs- und Bildungsbedürfnisse der Dresdner Gesellschaft zu befriedigen und einen anregenden geselligen Mittelpunkt für das geistige Leben unserer Stadt zu schaffen, findet erfreulicher Weise ein steigendes Interesse in den weitesten Kreisen der Einwohnerschaft. Die von dem Lese-Museum dargebotenen überaus reichen Schätze der regelmäßigen und der nicht periodischen Litteratur des In- und Auslandes dienen schon jetzt einem ansehnlichen Zirkel von Einheimischen und Fremden, Herren und Damen, zur Anregung und Förderung, Belehrung und Aufklärung auf den verschiedensten Gebieten des Wissens und Könnens; dem Politiker und Gelehrten, dem Arzte, Künstler und Militär, dem Kaufmann und Industriellen, kurz, allen Berufsarten ist in dem Lese-Museum ein litterarisches Arsenal eröffnet worden von einer so vielseitigen Ausrüstung, daß hier in Dresden auf keine andere Weise das Gleiche geboten werden kann. Wie Se. Majestät der König und Se. Königl. Hoheit Prinz Georg diesem wichtigen Institute gleich zu Anfang ihre lebendige Antheilnahme bekundeten, so haben auch die Behörden des Staates und der Stadt demselben verständnißvolles Wohlwollen, freundliche Aufmunterung und nicht minder eine thatkräftige Unterstützung in dankenswerther Weise angedeihen lassen. Sie haben damit zum Ausdruck gebracht, daß von ihnen das Lese-Museum als eine für Dresden segensreiche, nothwendige und fernerhin unentbehrliche Bildungsstätte angesehen wird, welche eine bis dahin schmerzlich empfundene Lücke ausfüllt für diejenigen geistig regsamen Kreise der Männer- und Frauenwelt, die das Verlangen und das Bedürfniß haben, an einer anheimelnden Eigenstätte sich in Fühlung zu erhalten mit dem kulturellen Gesammtleben der Gegenwart und auf dem Laufenden zu bleiben in den Gebieten, denen sie ein besonderes Interesse entgegenbringen. Die Lesestoffe des Museums werden fortwährend vermehrt und ergänzt, Wünsche nach Neuanschaffungen finden billige Berücksichtigung, und durch Jahres-, Vierteljahres-, Wochen-, Tages- und Familienanschlußkarten ist das Abonnement in jeder Weise erleichtert. Das Museum hat eine sehr günstige, bequem erreichbare örtliche Lage, seine wohlausgestatteten Räume sind luftig und hell, den Damen steht ein besonderer, eleganter Salon zur Verfügung, auch sind geeignete Restaurations-, Rauch- und Konversationszimmer vorhanden. Auf die rege Benutzung dieser für das öffentliche Leben unserer Residenz so wichtigen, gemeinnützigen Institution seien die gebildeten Kreise Dresdens gerade jetzt beim Herannahen der immer kürzer werdenden Tage und der sich verlängernden Abende des Herbstes unter wärmster Empfehlung hingewiesen. Das Lese-Museum bietet in Allem eine solche Fülle von Annehmlichkeiten, daß dadurch den Gebildeten die Ehrenpflicht, einer so hervorragend gemeinnützigen Schöpfung ein praktisches Interesse entgegenzubringen, zugleich erleichtert und in reicher Weise belohnt wird.

— Die für die zwei sächsischen Kompagnien bestimmten Rekruten des Eisenbahn-Regiments Nr. 2 in Berlin treffen zu einem großen Theile am 11. Oktober in Leipzig ein und werden dann, begleitet von einem Kommando, von dort aus nach Berlin befördert. Der andere Theil der Mannschaften sammelt sich in Dresden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Zur Reise des Kaisers schreibt die „Nat.-Ztg.": Die Anordnungen für die Reise des Kaisers nach dem Orient sind jetzt veröffentlicht; es ergiebt sich daraus, daß der Kaiser nahezu zwei Monate von Deutschland abwesend sein wird, und zwar nicht in stiller Sommerszeit, wenn bei uns und im Auslande die Politik zu ruhen pflegt, sondern um die Zeit kurz vor und nach der Eröffnung des Reichstags, wenn die Beschlüsse für die parlamentarischen Verhandlungen getroffen werden, und zu einer Zeit voll allerlei Unruhe in der Welt. Die Reise des Kaisers wird ihn zeitweilig von Deutschland ungleich weiter entfernen, als es etwa durch die Nordlandsfahrten im Sommer geschieht, auf denen wenigstens regelmäßige schriftliche Verbindung mit der Regierung durch Depeschenboote binnen wenigen Tagen möglich ist. Der Telegraph kann hierfür keinen Ersatz bieten, und doch ist schon der schriftliche Verkehr zwischen dem Monarchen und seinen verantwortlichen Berathern ein sehr mangelhafter Ersatz für den mündlichen Vortrag der Minister. Der letztere scheint allerdings in den letzten Jahren auch für gewöhnlich, soweit man nach den üblichen Hof-Mittheilungen zu urtheilen vermag, immer mehr hinter dem von den Kabinetsräthen vermittelten schriftlichen Bericht zurückgetreten zu sein; eine Unterbrechung von zwei Monaten unter dem erschwerenden Umstand sehr weiter Entfernung ist aber denn doch noch etwas Anderes. Die deutsche Reichs- und preußische Staatsregierung ähnelt einem einheitlichen Ministerium sowohl nach ihrer Organisation, als nach der persönlichen Zusammensetzung sehr wenig, so daß ihre Vertretung durch einen Minister bei dem Kaiser größere Schwierigkeiten haben und von bedingterer Wirkung sein dürfte, als die Begleitung eines anderen konstitutionellen Herrschers durch ein Mitglied seiner verantwortlichen Regierung auf einer weiten und langandauernden Reise; gleichwohl wäre es überraschend, wenn an eine solche Begleitung des Kaisers überhaupt nicht gedacht würde. Durch schnelle, in weiter Entfernung von Deutschland gefaßte Entschlüsse und danach ergehende Kundgebungen oder Befehle können, wenn die verantwortliche Regierung in der Umgebung des Kaisers durchaus unvertreten ist — ein Beamter des Auswärtigen Amtes kann als solche Vertretung nicht erachtet werden — ohne Zweifel ernste Schwierigkeiten entstehen. Wie wenig „homogen" unsere Regierung auch ist, so würde es doch einen erheblichen Unterschied machen, ob ein Minister in der Lage wäre, ihre Auffassung auf Grund vertraulicher Mittheilungen seiner Kollegen mündlich beim Kaiser zu vertreten, oder ob die Regierung zwei Monate lang für ihre verantwortlichen Rathschläge lediglich auf den Vortrag der Kabinetsräthe und formelle schriftliche Berichte angewiesen wäre. In der Oeffentlichkeit war bisher kein bestimmtes Anzeichen hervorgetreten, daß diese, wie uns scheint, sehr wichtige Frage, deren Erledigung durch Begleitung des Monarchen seitens eines verantwortlichen Ministers in jedem anderen konstitutionellen Staate selbstverständlich wäre, überhaupt offiziell angeregt und daß sie entschieden worden.

Gestern Vormittag 10 Uhr fand im Marmorpalais in Potsdam eine Sitzung des Kronrathes statt. — Der deutsche Botschafter in Madrid v. Radowitz und der deutsche Botschafter in Washington v. Holleben waren bei den Majestäten zur Abendtafel geladen.

Vom Kaiser ist an den Evangelischen Bund auf dessen Glückwunschtelegramm folgende telegraphische Antwort eingegangen: Herrn Landeshauptmann Grafen v. Winzingerode-Bodenstein, Magdeburg. Se. Majestät der Kaiser und König lassen der Generalversammlung des Evangelischen Bundes für die freundlichen Segenswünsche zu allerhöchst ihrer bevorstehenden Palästinareise beiteus danken. Auf allerhöchsten Befehl v. Lucanus, Geh. Kabinetsrath.

Die Gefahr für die Kaiserin Friedrich, die Königin von England und die Prinzessin von Schaumburg-Lippe scheint bei dem bereits gemeldeten Wagenunfall in Balmoral eine nicht geringe gewesen zu sein, doch sind die drei hohen Damen mit dem bloßen Schrecken und ohne üble Folgen davongekommen. Die Pferde scheuten gleich bei der Abfahrt von dem Haupteingang des Schlosses und galoppirten die Avenue entlang nach dem Ballochbuie-Forst. Die drei hohen Damen erfaßten sofort ihre gefährliche Situation, behielten aber in großer Geistesgegenwart ihre Sitze inne. Bei der Biegung der Allee, wo sich ein ziemlich dicker Baumwuchs befindet, bogen die Pferde ab und rasten zwischen den Bäumen hindurch. Im ersten Augenblick schien es, als seien die Insassen verloren, doch plötzlich rannte der Wagen zwischen zwei Bäumen fest. Der Kutscher und der Bediente flogen vom Wagen, standen aber sofort auf und bändigten die sich bäumenden Pferde. Alsdann halfen sie der Königin aus dem Wagen. Dieselbe setzte sich auf einen schnell herbeigeholten Gartenstuhl und kehrte später nach dem Schloß zurück. Die Königin, die Kaiserin und die Prinzessin waren begreiflicher Weise durch den Unfall sehr erschüttert, haben aber keinerlei Verletzungen erlitten.

Von zuverlässiger Seite erfährt die „Post", daß der Reichstag um die Mitte nächsten Monats einberufen werden soll. Ein bestimmter Tag ist noch nicht festgesetzt, doch gilt der 15. November für wahrscheinlich. Die Eröffnung erfolgt durch den Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe.

In der Plenarsitzung des Bundesraths am Donnerstag gedachte der stellvertretende Vorsitzende Staatssekretär Graf Posadowsky vor dem Eintritt in die Tagesordnung des Hinscheidens des Fürsten v. Bismarck und theilte der Versammlung das seitens des Fürsten Herbert v. Bismarck eingegangene Dankschreiben mit. (Wiederholt.)

Ueber große Heeresverstärkungen, welche beabsichtigt sein sollen, berichtet das ultramontane „Westf. Volksbl.". Demnach sollen die neuen Infanteriebrigaden zur Formation neuer Armeekorps zusammengezogen werden und zwar von nicht weniger als sechs Armeekorps. Diese Vermehrung der Infanterie würde eine Vermehrung der übrigen Truppengattungen nach sich ziehen. Sodann sei beabsichtigt, unter Mitverwendung der 5. Eskadrons der Kavallerie-Regimenter 21 neue Kavallerie-Regimenter zu bilden. Diese Maßnahme würde bedingen eine Mehreinstellung an Rekruten von 15,000 Mann. Darnach würde also die Heeresverstärkung 30,000—40,000 Mann umfassen. Diese Nachricht klingt durchaus unglaubwürdig.

Das erste der neuen Linienschiffe „Kaiser Friedrich III." wurde gestern in Wilhelmshaven mit Flaggenparade auf den Kaiserl. Werft in Dienst gestellt.

Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" hat die deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit sofort erklärt, auf den Konferenzvorschlag Italiens betreffend das Vorgehen gegen den Anarchismus einzugehen.

Die zweite Abendversammlung der 11. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Magdeburg war von weit über 3000 Personen besucht. Prof. Dr. Mirbt-Marburg sprach über den preußischen Staat und die römische Kurie im 19. Jahrhundert. Nach einer eingehenden Schilderung der Thätigkeit der früheren preußischen Gesandten beim Vatikan, insbesondere Bunsen's und Niebuhr's fragte er: Was hat die preußische Gesandtschaft beim Vatikan geleistet? Hat sie den Frieden zwischen Staat und Kirche zu bewahren verstanden, hat sie bewirkt, daß die Päpste ihr Urtheil über uns evangelische Ketzer änderten, oder aufhörten, durch beleidigende Kundgebungen uns zu verwunden? Wo liegen dann aber die Verdienste dieser Gesandtschaft? Das Urtheil der Geschichte lautet nicht günstig. Keiner der für die Gesandtschaft geltend gemachten Gründe ist durchschlagend, wohl aber sind schwere Bedenken dagegen geltend zu machen. Alle Aufmerksamkeiten, die dem Oberhaupte der römischen Kirche gespendet werden, deutet man als Huldigungen an seine Herrscherstellung. Behandelt man ihn dagegen als weltlichen Regenten, so verkündet er jammernd und fluchend, daß die Kirche mit Füßen getreten werde. Thatsächlich ist die Annexion des Kirchenstaates für das Papstthum die größte Stärkung gewesen; denn jetzt ist es unangreifbar. Preußen aber hat kein Interesse daran, dieses System zu unterstützen. Das Papstthum steht stets auf Seiten der Gegner Deutschlands; es haßt uns als das Volk Luther's. Jede Steigerung des Ansehens und der Macht des Papstes bedeutet eine weitere Schwächung unseres Episkopats, des deutschen Klerus. Kann es im staatlichen Interesse liegen, diese Entwickelung zu unterstützen? Es grenzt fast an Wahnsinn, daß wir beim Papste vertreten sind, beim Papste, der unseren Glauben als Teufelslehre und Gift beschimpft. (Beifall.) Als auf dem Vatikanischen Konzil den Synodalen eine Vorlage gemacht wurde, welche den Protestantismus als pestis bezeichnete, ließ Bismarck der Kurie mittheilen, daß, wenn das Bekenntniß des Königs von Preußen beleidigt würde, er den Gesandten abberufen und die preußischen Bischöfe auffordern werde, in ihre Diözesen zurückzukehren. Und die Kurie hat den beanstandeten Ausdruck zurückgezogen. Hat auch 1887 der preußische Gesandte gegen die Canisiusbulle protestirt? Die Kurie duldet die Gesandtschaft, obwohl ihr verwehrt ist, einen Nuntius nach Berlin zu schicken. Sie muß also doch wohl bei dieser Gesandtschaft auf ihre Rechnung kommen. Eine Aufhebung der Gesandtschaft hätte aber für uns nur dann Werth, wenn Preußen eine evangelische Politik im großen Stil begänne. Eine solche Politik müßte von der Bevölkerung gefordert und unterstützt werden. Was wechselnde Parlamentsmehrheiten bedeuten, hat Preußen erfahren. Nicht nur durch sein Ungeschick in der Behandlung kirchlicher Dinge, sondern auch durch den Wankelmuth der politischen Parteien ist es gezwungen worden, den letzten großen Kampf mit der römischen Kirche anders zu schließen, als er eröffnet worden war. Eine evangelische Politik fordern wir daher nicht, aber eine Politik streng durchgeführter Parität, und eben darum die Aufhebung der Gesandtschaft an dem Hofe, der die Parität grundsätzlich verwirft. Tief in's Herz soll uns das Wort Bismarck's aus dem Jahre 1854 geschrieben sein: „Es ist eine Täuschung, wenn eine protestantische Regierung glaubt, auf dem Wege der Nachgiebigkeit gegen ultramontane Bestrebungen jemals zu einem Punkte zu gelangen, auf welchem sie des Friedens und einer aufrichtigen Mitwirkung von jener Seite sicher sein könnte." Und Niebuhr, der preußische Gesandte beim Vatikan, sagte einem englischen Staatsmanne gegenüber: „Thut für Eure Katholiken so viel Gutes, als ihr könnt. Weist ihrem Klerus Gehalt an und erzieht ihn gut zu Hause; aber haltet nie einen Gesandten in Rom!" (Langanhaltender Beifall.) Das Schlußwort sprach der Reichstagsabgeordnete Prof. Hieber-Stuttgart. Er begann mit einigen geschichtlichen Erinnerungen an den kirchlichen Frieden zwischen Katholiken und Protestanten zu Anfang unseres Jahrhunderts und an die Erklärung der katholischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament, daß sie sämmtlich gegen die Zulassung der Jesuiten in Deutschland seien. Heute ist es anders geworden, katholisch ist Trumpf, und die Arbeit des Evangelischen Bundes wird für überflüssig, oder gar schädlich gehalten. Auf der anderen Seite fragt man: Sind nicht am Ende die Klagen über Unterdrückung der Kirche berechtigt? Darauf hat der Kanzler der Universität Tübingen, Rümelin, 1874 geantwortet. „Ich weiß in der That keine gröbere und keckere Unwahrheit, als die Behauptung, daß in deutschen Landen die katholische Religion verfolgt und unterdrückt werde." Die überklugen Tagespolitiker, welche meinen, es lasse sich mit den Ultramontanen durch einige unwesentliche Zugeständnisse ein erträgliches Einvernehmen erzielen, scheinen nicht zu wissen, daß die Ansprüche von jener Seite an den Staat buchstäblich grenzenlos sind. In einer Zeit des Opportunismus aber